

Wald-Handel fürs Klima?

Die Wälder der Erde und insbesondere die tropischen Regenwälder sind als wichtige Einflussgrößen entdeckt worden, um das Klima zu retten. Denn sie speichern Kohlenstoff, der sonst – im Falle der Entwaldung – als Kohlendioxid den Treibhauseffekt verschlimmert. Die Idee scheint einfach: Über ein internationales Verfahren soll der Verlust kompensiert werden, der tropischen Ländern durch einen Verzicht auf den Holzeinschlag und auf die Umwandlung von Wäldern in landwirtschaftliche Flächen entsteht. Im internationalen Klimakontext wird Wald zum neuen Handelsgut.

Auf der UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen sollte ein neues internationales Abkommen zum Klimaschutz verabschiedet werden. Doch entgegen der an die Konferenz gestellten hohen Erwartungen unterzeichnete man letztlich nur eine allgemeine Absichtserklärung. Diese wurde außerdem nur von einem Teil der anwesenden RegierungsvertreterInnen überhaupt getragen. Ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll von 1997 zu verabschieden, wurde auf die Folgekonferenz verschoben. Die nächste Klimakonferenz findet vom 29. November bis 10. Dezember 2010 im mexikanischen Cancún statt. Ob dabei ein neues Abkommen erzielt werden wird, bezweifeln viele KlimaexpertInnen.

Mit REDD („Reducing Emissions from Deforestation and Degradation“), also der Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung, steht ein mögliches Verfahren im Zentrum der internationalen Bemühungen, mit dem das Klima durch Walderhalt geschützt werden soll. Mangels Ergebnissen auf der UN-Klimakonferenz von Kopenhagen waren seither die einzelnen Länder dazu aufgefordert, sich mittels dezentralen Eigeninitiativen auf das Verfahren vorzubereiten. Für dieses aber existieren derzeit noch unterschiedliche Ansätze: Zwar drehen sich die meisten diskutierten REDD-Konzepte darum, wie vermiedene Entwaldung CO₂-Zertifikate generieren kann, die dann handelbar und Teil des allgemeinen Emissionshandelssystems wären. Doch noch existieren auch andere Konzepte, die Fondslösungen mit freiwilligen oder verbindlichen Einzahlungen vorsehen.

Brasilien gehört aufgrund des Ausmaßes an Waldzerstörung weltweit zu den vier größten CO₂-Emittenten. Daher steht das Land im Mittelpunkt der REDD-Diskussionen. Die Auswirkungen der Verhandlungsergebnisse der Klima-Konferenzen werden vor allem für die Bevölkerung im brasilianischen Amazonasgebiet spürbar werden. Dort werden die verschiedenen Ansätze für einen zukunftsfähigen Waldschutz und nachhaltige Entwicklung kontrovers diskutiert. Das in Belém ansässige Institut für Umweltforschung Amazoniens (IPAM) hat sich in der Region zum Vordenker von REDD-Konzepten unter Einbeziehung des CO₂-Handels entwickelt. Es existiert ein Pro-REDD-Bündnis, dem neben Netzwerken wie dem Dachverband der indigenen Völker des brasilianischen Amazonasgebietes (COIAB) und dem Zusammenschluss der Kautschukzapfer CNS auch große Unternehmen, allen voran der mächtige Sojaproduzent und ehemalige Gouverneur von Mato Grosso, Blairo Maggi, angehören. Die Beteiligten erhoffen sich, von der Entgeltung von Umweltdienstleistungen zu profitieren, so dass auf deren Basis eine nachhaltige Entwicklung Amazoniens (mit-)finanziert werden könnte.

Auf der anderen Seite lehnt eine ganze Bandbreite von Organisationen die Merkantilisierung der Natur zur Reduzierung von CO₂-Emissionen durch marktgestützte Mechanismen ab. Hierzu zählen lokale Organisationen, die eher KleinbäuerInnen repräsentieren ebenso wie regionale Zusammenschlüsse, wie das Netzwerk FAOR, das an der Herausgabe dieser Publikation beteiligt ist. Hinzu kommen soziale Bewegungen wie Via Campesina Brasil und MST aber auch größere NGOs wie Amigos da Terra und FASE. Anfang Oktober 2009 forderten diese in einem „Brief aus Belém“ die brasilianische Regierung dazu auf, an Fondslösungen für das REDD-Konzept festzuhalten. Sie kritisierten, dass die derzeit diskutierten Vorschläge nicht zwischen Urwäldern und Waldplantagen differenzieren und daher in vielen REDD-Konzepten auch Wiederaufforstungen und Palmölplantagen als Waldschutz gerechnet werden können. Erst kürzlich stellte eine UN-Studie fest, dass diese massive klimatische und soziale Schäden nach sich ziehen.



Über lange Zeit stand die brasilianische Regierung den Diskussionen um REDD eher distanziert gegenüber – bis sie auf der Konferenz von Kopenhagen einen plötzlichen Schwenk ihrer Politik verkündete. Bis dahin hatte sie eigene Waldschutzmechanismen wie den „Amazonien-Fonds“ favorisiert, bei dem der internationale Einfluss und Marktmechanismen ausgeschlossen werden sollten. Doch nahm 2009 der Druck von Interessengruppen im eigenen Land stark zu. In Kopenhagen gab das Land seine bisherige Position auf, und befürwortet nunmehr zumindest den teilweisen Einschluss des Waldschutzes in einen weltweiten Emissionshandel. Aufgrund der gewichtigen Position des Landes innerhalb der Klimakonferenzen war der Positionswechsel Brasiliens international richtungsweisend. Inzwischen deuten die Entwicklungen darauf hin, dass auf der Klimakonferenz in Cancún eher einem Marktmechanismus der Vorzug gegeben werden könnte.

Seit der Konferenz von Kopenhagen, also seit Beginn 2010, bereitet sich Brasilien wie viele andere Länder auch auf die Etablierung von REDD-Mechanismen vor, führt Pilotprojekte durch und passt seine Gesetzgebung und Bedingungen vor Ort an die mit REDD kommenden Notwendigkeiten an: Der Amazonas-Fonds nahm in diesem Jahr mit Finanzierungen aus Norwegen und Deutschland seine Arbeit auf. Er soll Naturschutz und nachhaltige Entwicklung in der Region fördern, Regenwaldzerstörung und illegale Waldbrände bekämpfen und Alternativen zur Waldrodung entwickeln. Verwaltet wird das Geld von der brasilianischen Entwicklungsbank (BNDES). Diese war bislang für die Finanzierung von Projekten bekannt, die eher mit Waldzerstörung als mit Walderhalt assoziiert wurden – ein Umstand, der von den sozialen Bewegungen im Land einhellig kritisiert wird. Darüber hinaus versucht das Land seit 2010, eigene „REDD-Zertifizierungssysteme“ zu etablieren. Diese könnten einem möglichen brasilienweiten Emissionshandel zugrunde gelegt werden, um eigene Emissions-Reduktionen umzusetzen. Auf diese hat sich das Land auf der letzten Klimakonferenz freiwillig verpflichtet.

Zeitgleich zu den Bemühungen um Waldschutz finden in Brasilien einige für eine nachhaltige Entwicklung in Amazonien sehr ungünstige politische Weichenstellungen statt. Diese sind ebenfalls im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf REDD zu sehen: Einem neuen Waldgesetz zufolge werden Schutzzonen deutlich reduziert. So dürfen LandbesitzerInnen künftig wesentlich größere Flächen entwalden und können damit auch Anspruch auf Entschädigung für Nicht-Entwaldung erlangen. Darüber hinaus wurde Mitte 2009 ein Gesetz erlassen, das ursprünglich die Landrechts-situation in Amazonien regeln sollte. Nach heftiger Intervention der Fraktion der LandbesitzerInnen im brasilianischen Parlament legitimiert das Gesetz de facto illegal in Amazonien angeeignetes Land. Die Frage nach den EigentümerInnen des Waldes ist letztlich entscheidend dafür, wer von REDD-Zahlungen profitieren kann. Darüber hinaus lässt das Gesetz eine Zunahme von Entwaldung und Auseinandersetzungen um das Land und damit eine Verschlechterung der Ernährungssouveränität bestimmter Bevölkerungsteile befürchten. Sammelreservate und Naturschutzgebiete geraten unter den Druck der Inwertsetzung.

Offensichtlich profitieren in Amazonien unterschiedliche Personengruppen von verschiedenen Verfahrensweisen beim Waldschutz. Dies gilt es zu berücksichtigen und damit der Gefahr zu begegnen, nachhaltige Entwicklung und Ernährungssicherung im Rahmen der REDD-Diskussion allein auf Waldschutz zu reduzieren. In dieser Broschüre stellen wir grundsätzlich die Frage nach Stärken und Schwächen von REDD als Klimaschutzinstrument und nach den Ursachen der Entwaldung. Wir möchten einen Beitrag leisten, das vielfältige Panorama unterschiedlicher Einschätzungen innerhalb der sozialen Bewegungen, zwischen Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Interessengruppen, in indigenen Gruppen, zwischen den verschiedenen Umweltschutzfraktionen Brasiliens abzubilden und zugleich die Risiken aufzuzeigen, die sich mit REDD für die Bevölkerung ergeben. Wir möchten lokale Alternativen des Umgangs mit Wald und seinen „Schätzen“ aufzeigen. Ebenso geht es uns darum, die Entwicklungen in Brasilien seit der letzten Klimakonferenz nachzuzeichnen und auf Zusammenhänge zu unserer eigenen Lebensrealität hinzuweisen.

KIRSTEN BREDENBECK, JANINA BUDI, UTA GRUNERT, TINA KLEIBER, CHRISTIAN RUSSAU UND SILKE TRIBUKAIT